

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung und abwasserspezifischer Verwaltungsgebühren der Landeshauptstadt Erfurt (Abwassergebührensatzung) vom

Aufgrund des § 19 Abs. 1 der Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 04.05.2010 (GVBl. S. 113) und der §§ 2, 10, 12, 14 Thüringer Kommunalabgabengesetz (ThürKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. September 2000, zuletzt geändert durch Gesetz vom **29. März 2011 (GVBl. S. 61)** hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt folgende Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung und abwasserspezifischer Verwaltungsgebühren der Landeshauptstadt Erfurt in der Sitzung am (Beschluss-Nr....) beschlossen:"

§ 1 Geltungsbereich

Der Geltungsbereich dieser Satzung erstreckt sich auf das Hoheitsgebiet der Landeshauptstadt Erfurt (nachfolgend: Stadt).

§ 2 Benutzungsgebühren

Die Stadt erhebt für die Benutzung ihrer öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung Benutzungsgebühren:

- a) für die Einleitung von Schmutzwasser,
- b) für die Einleitung von Niederschlagswasser,
- c) für die Beseitigung von Schlamm aus Grundstückskläranlagen,
- d) für die Beseitigung von Abwasser aus Abwassersammelgruben.

§ 3 Schmutzwassergebühr

(1) Die Schmutzwassergebühr wird gemäß der folgenden Absätze nach der Menge der Abwässer berechnet, die der öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung von den Grundstücken zugeführt wird. Als gebührenpflichtige Schmutzwassermenge gilt:

- a) die über geeichte Zähler gemessene Menge an bezogenem Frischwasser aus einer öffentlichen Wasserversorgungsanlage,
- b) die aus Eigenwasserversorgungsanlagen (Brunnen, Regenwassernutzungsanlagen, Oberflächenwasserentnahmen) bezogene und über geeichte Zähler gemessene Wassermenge.

(2) Der Gebührenschuldner hat bei Einleitungen gemäß Abs. 1 Ziffer b) entsprechende Messeinrichtungen auf seine Kosten anzubringen und zu unterhalten. Die Verbrauchswerte sind der Stadt analog dem Ablesemodus des Wasserversorgungsunternehmens unentgeltlich zu übermitteln. Den Beauftragten der Stadt ist Zutritt zur gesamten Versorgungsanlage zu gewähren und die Überprüfung und Ablesung der Messeinrichtung zu gestatten.

(3) Wird Frischwasser oder sonstiges Wasser ungemessen bezogen, so wird die Schmutzwassermenge durch die Stadt geschätzt. Grundlage dieser Schätzung ist grundsätzlich der Vorjahresverbrauch. Ist kein Vorjahresverbrauch vorhanden, erfolgt die Schätzung insbesondere nach dem statistisch ermittelten Durchschnittsverbrauch der Stadt pro Jahr und Einwohner.

(4) Wird unwesentlich verschmutztes Abwasser oder durch den Überlauf einer Grundstückskläranlage vorgeklärtes bzw. vorbehandeltes Schmutzwasser in öffentliche Kanäle (Regenwasserkanal oder Teilortskanalisation) eingeleitet, wird eine geminderte Schmutzwassergebühr erhoben. Die Schmutzwassermenge ermittelt sich nach den Bestimmungen gemäß Abs. 1.

(5) Soweit Wasser nicht der öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung zugeführt wird, kann der Gebührenschuldner eine entsprechende Absetzung verlangen. Dazu ist ein schriftlicher Antrag einzureichen. Die nicht zugeführte Wassermenge ist über geeichte Zähler nachzuweisen. Die Zähler sind auf Kosten des Gebührenschuldners einzubauen und vor der Inbetriebnahme durch die Stadt abzunehmen. Die Erstabnahme (nach der Prüfung und Genehmigung des Antrages) ist gemäß § 11 Abs. 1 Ziffer d) dieser Satzung kostenpflichtig. Der Nachweis der absetzbaren Mengen obliegt – vorbehaltlich stichprobenartiger Kontrollablesungen durch die Stadt – dem Antragsteller. Die Zählerstände sind der Stadt jährlich oder gemäß sonstiger vereinbarter Fristen unentgeltlich schriftlich zu melden.

(6) In folgenden Fällen ist eine pauschalisierte Absetzung möglich:

- a) Im Falle einer landwirtschaftlichen Tierhaltung kann pro Jahr und Großvieheinheit (VE) eine Menge von 15 m³ bezogenen Frischwassers abgesetzt werden. Zur Ermittlung der Großvieheinheiten findet der als Anlage beigefügte Umrechnungsschlüssel Anwendung. Die Anzahl der Tiere ergibt sich aus dem zum 01. Januar des Abrechnungsjahres im Beitragsbescheid der Thüringer Tierseuchenkasse ausgewiesenen Tierbestand. Der schriftliche Antrag ist bis zum 31. März des Kalenderjahres bei der Stadt einzureichen.
- b) Werden Rohrbrüche im Trinkwasserverteilungsnetz nach dem geeichten Zähler auf dem Grundstück festgestellt und kann durch den

Gebührensschuldner plausibel belegt werden, dass das Wasser nicht in die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung gelangt ist, so können absetzbare Mengen geltend gemacht werden, wenn

- der diesbezügliche Antrag unverzüglich nach Feststellung des Rohrbruches, spätestens jedoch bis zum Ablauf eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides bei der Stadt vorliegt und
- die Plausibilitätsprüfung den Nachweis der Nichteinleitung in die Abwasserbeseitigungseinrichtung erbracht hat (Nachweis der Rohrbruchbeseitigung, Vor-Ort-Kontrolle durch die Stadt u. ä.).

(7) Die Schmutzwassergebühr beträgt

- | | |
|--|-------------------------------|
| a) für die Einleitung von Schmutzwasser | 1,99 EUR/m³ |
| b) für die Einleitung von Schmutzwasser gemäß Abs. 4 | 0,78 EUR/m³ |

§ 4

Niederschlagswassergebühr

(1) Maßstab für die jährliche Niederschlagswassergebühr sind überdachte und weitere befestigte Flächen eines Grundstückes, von denen aus Niederschlagswasser in die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung gelangt. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Befestigungsgrade werden diese Flächen mit folgenden Abflussfaktoren gewichtet:

- | | |
|--|------|
| a) Grundfläche unter dem Dach | |
| aa) bei geneigten Dächern und Flachdächern | 1,00 |
| ab) bei begrünten Dächern und Kiesdächern | 0,40 |
| b) befestigte Flächen | |
| ba) Asphalt, Beton, verfugte Platten;
verfugtes Pflaster (gebundene Ausführung) o. ä. | 1,00 |
| bb) Betonverbundsteine, unverfugte Platten,
unverfugtes Pflaster (ungebundene Ausführung) o. ä. | 0,60 |
| bc) Rasengittersteine, Schotter, Kies, Schlacke
"Öko-Pflaster" o. ä. | 0,10 |

Bei unterschiedlicher Versiegelung wird die jeweilige Teilfläche mit dem entsprechenden Abflussfaktor gewichtet. Grundlage für die Erhebung der

Niederschlagswassergebühr ist die Summe der versiegelten Teilflächen und gewichteten Flächen (Gebührenbemessungsfläche).

(2) Die Gebührenbemessungsfläche kann durch die Vorhaltung und durch den Betrieb von baulichen Anlagen zur Niederschlagswasserspeicherung vermindert werden, wenn durch die Nutzung des gespeicherten Niederschlagswassers die Einleitmenge verringert wird. Berücksichtigung finden derartige Anlagen ab einem Mindestfassungsvolumen von 2 m³. Dabei wird die an die Niederschlagswasserspeicheranlage angeschlossene anteilige Gebührenbemessungsfläche je Kubikmeter Rückhaltungsvolumen um 10 m², im Falle der Nutzung als Brauchwasser nach § 3 Abs. 1 Ziffer b um 20 m², jedoch bis maximal ihrer Gesamtfläche, vermindert.

(3) Der Gebührenpflichtige hat der Stadt unaufgefordert die Berechnungsgrundlagen für die Ermittlung der Gebührenbemessungsfläche mitzuteilen. Kommt der Gebührenpflichtige seiner Mitteilungspflicht nicht fristgemäß nach, so kann die Stadt die Berechnungsgrundlagen schätzen.

(4) Die Niederschlagswassergebühr beträgt pro Jahr **0,68 EUR/m²**.

§ 5 Beseitigungsgebühr

(1) Die Beseitigungsgebühr wird nach der Menge des beseitigten Abwassers aus Abwassersammelgruben und des Schlammes aus Grundstückskläranlagen berechnet, die von den nicht angeschlossenen Grundstücken und aus den Grundstückskläranlagen angeschlossener Grundstücke abtransportiert wird. Die Menge der Abwässer und des Schlammes wird mit einer geeigneten Messeinrichtung am jeweiligen Entsorgungsfahrzeug festgestellt.

(2) Die Beseitigungsgebühr beträgt:

- a) für Abwasser aus einer Abwassersammelgrube **14,53 EUR/m³**
- b) für Schlamm aus einer Grundstückskläranlage **25,30 EUR/m³**

(3) Weitere, nicht mit der Beseitigungsgebühr abgedeckten Kosten, die der Stadt bei der öffentlichen Grubenentsorgung bzw. Schlammmentsorgung durch Verschulden der Gebührenschuldner entstehen, können dem Verursacher jeweils in voller Höhe berechnet werden. Darunter fallen z. B. die Anfahrtskosten für das Entsorgungsfahrzeug, wenn der Gebührenschuldner zu dem bekannt gegebenen oder vereinbarten Entsorgungstermin die für die ordnungsmäßige Entnahme erforderliche Zugänglichkeit der Grundstückskläranlage bzw. der Abwassersammelgrube nicht gewährleistet, so dass keine Entsorgung erfolgen kann.

§ 6 Entstehen der Gebührenschuld

(1) Die Gebührenschuld für die Schmutzwassergebühr (§ 3 Abs. 1 und 4) entsteht mit jeder Einleitung von Abwasser in die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung.

(2) Die Gebührenschuld für die Niederschlagswassergebühr (§ 4 Abs. 1) entsteht erstmals mit dem Folgetag der betriebsfertigen Herstellung des Anschlusses. Im Übrigen entsteht sie mit dem Beginn eines jeden Tages in Höhe eines Tagesbruchteiles der Jahresgebührenschild neu.

(3) Die Gebührenschuld für die Beseitigungsgebühr (§ 5 Abs. 1) entsteht mit jeder Entsorgung von Schlamm aus Grundstückskläranlagen bzw. Abwasser aus Abwassersammelgruben.

§ 7 Gebührenschildner

(1) Gebührenschildner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens der Gebührenschild Eigentümer des Grundstückes oder ähnlich zur Nutzung des Grundstückes dinglich berechtigt ist. Gebührenschildner ist auch der Inhaber eines auf dem Grundstück befindlichen Betriebes. Mehrere Gebührenschildner sind Gesamtschildner. Besteht an einem Grundstück ein Wohnungs- oder Teileigentum, ein Dauernutzungs- und Dauerwohnrecht, Gebäudeeigentum oder ein sonstiges Nutzungsrecht i. S. d. Art 233 § 4 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) oder ein Nutzungsrecht i. S. d. Art 233 § 4 Abs. 2 EGBGB, so ist der jeweils Berechtigte abweichend von Satz 1 und 2 Gebührenschildner.

(2) Soweit Gebührenpflichtiger der Eigentümer oder Erbbauberechtigte eines Grundstückes ist und dieser nicht im Grundbuch eingetragen ist oder sonst die Eigentums- oder Berechtigungsfrage ungeklärt ist, so ist derjenige gebührenpflichtig, der im Zeitpunkt des Entstehens der Gebührenschild der Besitzer des betroffenen Grundstückes ist. Bei einer Mehrheit von Besitzern ist jeder entsprechend seines Anteils am Mitbesitz zur Abgabe verpflichtet.

(3) Erfolgt eine Einleitung befristet oder widerrechtlich, so ist Gebührenschildner auch derjenige, der die Einleitung vornimmt.

§ 8 Abrechnung, Fälligkeit, Vorauszahlung

(1) Die Schmutzwassergebühr wird nach dem Ablesemodus des Wasserversorgungsunternehmens jährlich oder in anderen Zeitabschnitten, die jedoch zwölf Monate nicht überschreiten sollten, abgerechnet (Veranlagungszeitraum).

(2) Die Niederschlagswassergebühr wird einmal jährlich abgerechnet.

(3) Die Beseitigungsgebühr wird für jede Entsorgung abgerechnet. In begründeten Ausnahmefällen kann die Stadt eine monatliche Abrechnung festlegen.

(4) Die Gebühr wird nach Entstehen der Gebührenschuld durch Bescheid festgesetzt; sie ist einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

(5) Auf die Benutzungsgebühren hat der Gebührenschuldner Vorauszahlungen zu leisten. Die Vorauszahlungen werden auf der Grundlage der ermittelten bzw. geschätzten Vorjahresabrechnung erhoben und sind, aufgeteilt in gleiche Monatsbeträge, für jeden nach der Bekanntgabe des Bescheides verbleibenden Monat des Abrechnungsjahres, jeweils zum 20. des Monats, fällig.

§ 9

Schutz personenbezogener Daten

(1) Zur Ermittlung der Gebührenpflichtigen und zur Festsetzung der Gebühr im Rahmen der Veranlagung nach dieser Satzung sowie zur verwaltungsrechtlichen Durchsetzung des Entwässerungsgenehmigungsverfahrens nach der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, den Anschluss an die gemeindliche Abwasseranlage und deren Benutzung in der Stadt Erfurt (Entwässerungssatzung, EWS, in der jeweils gültigen Fassung) ist die Verwendung der erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten, die aus der Prüfung des gemeindlichen Vorkaufsrechtes nach §§ 24 bis 28 BauGB der Stadt bekannt geworden sind, sowie aus dem Grundbuchamt, den Unterlagen der Unteren Wasserbehörde, des Einwohnermeldeamtes und des Katasteramtes durch die Stadt zulässig. Die Stadt darf sich die Daten von den genannten Ämtern und Behörden übermitteln lassen und zum Zwecke der Gebührenerhebung nach dieser Satzung und zur verwaltungsrechtlichen Durchsetzung des Entwässerungsgenehmigungsverfahrens nach der Entwässerungssatzung weiterverarbeiten.

(2) Die im Zusammenhang mit der Wasserversorgung und öffentlichen Grubenentsorgung durch die SWE Stadtwerke Erfurt GmbH angefallenen und anfallenden personen- und grundstücksbezogenen Daten sowie die Wasserverbrauchsdaten und Abfuhrmengen dürfen für die Zwecke der Gebührenerhebung nach dieser Satzung und zur verwaltungsrechtlichen Durchsetzung des Entwässerungsgenehmigungsverfahrens nach der Entwässerungssatzung verwendet und weiterverarbeitet werden.

(3) Die Stadt ist befugt, auf der Grundlage der Angaben der Gebührenschuldner und von den nach den Absätzen 1 und 2 anfallenden Daten ein Verzeichnis der Gebührenschuldner mit den für die Gebührenerhebung nach dieser Satzung erforderlichen Daten zu führen und diese Daten zum Zwecke der Gebührenerhebung nach dieser Satzung zu verwenden und weiterzuverarbeiten. Ebenso kann die Stadt eine Datei der Abwasseranschlussnehmer im Sinne der Entwässerungssatzung mit den dafür notwendigen und nach den Absätzen 1 und 2 anfallenden Daten führen und weiterverarbeiten.

(4) Zur Bearbeitung des Benutzungsgebührenbescheides und des Entwässerungsgenehmigungsverfahrens werden folgende personen- und grundstücksbezogenen Daten durch die Stadt erhoben, verarbeitet und gespeichert:

- a) Name, Vorname, Geburtsdatum und Wohnanschrift des Gebührenpflichtigen und Grundstückseigentümers sowie gegebenenfalls auch des Nutzungsberechtigten,
- b) die Berechnungsgrundlagen für die Gebührenerhebung,
- c) die zur kassenmäßigen Abwicklung erforderlichen Daten, insbesondere die Verbindung zu Geldinstituten,
- d) die Flurbezeichnung des Grundstückes entsprechend dem aktuellen Liegenschaftsbuch,
- e) Angaben über die Einwohnerzahl und die überdachten und weiteren befestigten Flächen,
- f) Angaben über die Grundstücksentwässerungsanlagen, wie z. B. Grundstückskläranlagen, Abwassersammelgruben, sowie ggf. weitere Abwasservorbehandlungsanlagen,
- g) Angaben über Eigenwasserversorgungsanlagen.

(5) Die Daten werden ohne gesonderte Aufforderung nach Wegfall des Zweckes der Erhebung gelöscht.

§ 10 Anzeigepflichten

Der Stadt (Entwässerungsbetrieb) sind folgende abwasserrelevante Sachverhalte unverzüglich anzuzeigen:

- a) der Erwerb oder die Veräußerung eines Grundstückes. Anzeigepflichtig sind der Veräußerer und der Erwerber,
- b) die Verwendung von Wasser aus einer nicht öffentlichen Wasserversorgungsanlage, sofern dieses der öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung zugeführt wird,
- c) sonstige Einleitungen in die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung,
- d) Veränderungen bei den überdachten und weiteren befestigten Grundstücksflächen und Veränderungen an der Grundstücksentwässerungsanlage,
- e) Änderungen der Katasterdaten des Grundstückes.

§ 11 Verwaltungsgebühren und Auslagen

(1) Die Landeshauptstadt Erfurt erhebt für Amtshandlungen, die sie auf Veranlassung oder überwiegend im Interesse Einzelner vornimmt oder die in einer besonderen Rechtsvorschrift für kostenpflichtig erklärt werden, folgende Kosten (Verwaltungsgebühren und Auslagen). Die Erhebung von Gebühren nach anderen Rechtsvorschriften oder Satzungen (insbesondere der Verwaltungskostensatzung der Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung – VwKostSEF – in der jeweils gültigen Fassung) bleibt unberührt.

- | | |
|--|------------------------|
| a) Erteilung der Genehmigung über die Errichtung und die Änderung von Grundstücksentwässerungsanlagen, den Anschluss an die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung und die Benutzung der öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung gemäß § 10 der Entwässerungssatzung der Landeshauptstadt Erfurt (Entwässerungsgenehmigung): | 137,00 EUR |
| b) für zusätzliche, über a) hinausgehende Aufwendungen für die Genehmigungsprüfung, besondere Aufwendungen wie Nachforderungen, Beratungen u. a., Bearbeitung von Änderungsnachträgen im Genehmigungsverfahren, Verlängerung der Gültigkeit von Entwässerungsgenehmigungen u. ä.
je angefangene halbe Stunde | 38,50 EUR |
| c) Abnahmen für Grundstücksentwässerungsanlagen
je angefangene halbe Stunde | 31,50 EUR |
| d) Abnahme / Beratung für absetzbare Mengen laut § 3 Abs. 5 und 6 dieser Satzung
je angefangene halbe Meisterstunde
je angefangene halbe Ingenieurstunde | 31,50 EUR
38,50 EUR |
| e) Für durch den Einleiter verschuldete, zusätzlich erforderliche Beprobungen und Untersuchungen
je angefangene halbe Meisterstunde
je angefangene halbe Ingenieurstunde | 31,50 EUR
38,50 EUR |
| f) Erteilung von Erschließungsauskünften | 38,50 EUR |
| g) Genehmigung / Abnahme / Beratung für befristete Einleitungen
je angefangene halbe Meisterstunde
je angefangene halbe Ingenieurstunde | 31,50 EUR
38,50 EUR |

(2) Die Kostenschuld entsteht, soweit ein Antrag notwendig ist, mit der Beendigung der gebührenpflichtigen Amtshandlung. Wird ein Antrag auf Vornahme einer Amtshandlung zurückgenommen, nachdem mit der sachlichen Bearbeitung begonnen, die Amtshandlung aber noch nicht beendet ist, so ermäßigt sich die vorgesehene Gebühr um ein Viertel. Im Übrigen entsteht die Gebührenschuld mit der vollständigen Erbringung der Leistung.

(3) Zur Zahlung der Kosten ist verpflichtet:

- a) wer die Amtshandlung veranlasst oder zu wessen Gunsten sie vorgenommen wird, oder
- b) wer für die Kostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet. Mehrere Kostenschuldner sind Gesamtschuldner.

(4) Kosten (Verwaltungsgebühren und Auslagen) werden mittels eines Verwaltungskostenbescheides festgesetzt und sind 14 Tage nach der Bekanntgabe des Bescheides zur Zahlung fällig.

(5) Eine Amtshandlung, die auf Antrag vorzunehmen ist, kann von der Zahlung eines angemessenen Vorschusses bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Kosten abhängig gemacht werden.

§ 12 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 01.01.2012 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung und abwasserspezifischer Verwaltungsgebühren der Landeshauptstadt Erfurt vom 25.08.2009 (Beschluss-Nr. 1091/09) mit Ablauf des 31.12.2011 außer Kraft.

gez. A. Bausewein
Oberbürgermeister

Anlage

Umrechnungsschlüssel für Tierbestände in Großvieheinheiten (VE) (Absetzbare Menge pro Jahr und Großvieheinheit 15 m³)

Tierart	VE / Stück
Pferde	1,00
Rindvieh Mischbestand (z. B. Kälber, Jungrinder, Zuchttiere)	0,66
Milchviehbestand	1,00
Schweine Mischbestand (z. B. Ferkel, Mastschweine)	0,16
Zuchtbestand	0,33
Schafe	0,07
Ziegen	0,08
Damwild	0,05
Geflügel	0,015
Kaninchen	0,0025